

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garnoud-Spaltengelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben an den Präsidenten der k. k. Obersten Rechnungs-Kontrollbehörde, Franz Grafen Mercandin, allergnädigst zu erlassen geruht:

Lieber Graf Mercandin. In Anerkennung Ihrer vielfährigen treuen und ausgezeichneten Dienste verleihe Ich Ihnen kostenfrei Meinen Orden der eisernen Krone erster Klasse.

Wien, den 20. Jänner 1864.

Franz Joseph m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. Jänner d. J. dem Statthalter in Niederösterreich, Gustav Grafen von Chorinsky, in Anerkennung seines treuergebenen und ausgezeichneten dienstlichen Wirkens den Orden der eisernen Krone erster Klasse mit Rücksicht der Taten allergnädigst zu verleihen geruht.

Das Staatsministerium hat eine bei der Statthalterei in Venedig erledigte Sekretärstelle dem dortigen Statthalterei-Bizeseekretär, Karl Strobele, verliehen.

Der Staatsminister hat den Supplenten am Gymnasium zu S. S. Gervasio e Protasio in Venedig, Alfons Costa, zum wirklichen Gymnasiallehrer mit der Bestimmung für das Staatsgymnasium in Treviso ernannt.

Am 23. Jänner 1864 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das II. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter

Nr. 5 das Gesetz vom 11. Jänner 1864, in Betreff der Begünstigungen für die Unternehmung der Lemberg Czernowitzer Eisenbahn; — gültig für das ganze Reich.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Reichsgesetzblattes.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 24. Jänner.

Im preussischen Parlamente hat die Debatte über die Kreditforderung von 12 Millionen Thalern stattgefunden und ist die Bewilligung mit 275 gegen 51 Stimmen abgelehnt worden. Im österreichischen Reichsrathe steht eine ähnliche Verhandlung bevor; der Finanzausschuss beräth so eben über eine Kreditforderung der Regierung von 10 Millionen Gulden, und die erste Sektion desselben hat bereits ihren Antrag gestellt, der auf Bewilligung von nur etwas über 5 Millionen lautet. In der nächsten Sitzung des Hauses soll der Gegenstand schon auf die Tagesordnung kommen.

Das preussische Abgeordnetenhaus befindet sich der Regierung gegenüber in anderen Verhältnissen als das österreichische. Dort herrscht ein vollständiger Bruch zwischen Regierung und Parlament, die Verfassung ist in ihren wesentlichen Bestimmungen brach gelegt; in Oesterreich ist die Opposition gegen das Gesamtministerium keine solche, welche die Grundprinzipien im Großen und Ganzen berührt; sie ist eine Opposition in Details. Nur in Bezug auf die auswärtige Politik ist die Opposition zu einer prinzipiellen herangewachsen. Demgemäß sucht die österreichische Opposition ihrer Richtung dadurch Ausdruck zu geben, daß sie von der Kreditforderung von 10 Millionen nur jenen Theil zu bewilligen beabsichtigt, welcher die Kosten der bundestreuen Ausführung des

Exekutionsbeschlusses repräsentirt, während sie die Bewilligung des Restes, von dem nicht ausgewiesen ist, wozu er bestimmt ist, verweigert und durch die Motivierung darlegt, daß sie die Expedition nach Schleswig mißbilligt.

Den Sektionsbericht zu widerlegen, wird der Regierung nicht schwer fallen; einzelne Argumente stehen auf sehr schwachen Füßen. Namentlich ist die Meinung des Berichtes, daß Oesterreich sich einzig auf der Defensiv zu halten habe, eine wahre Vernichtung für die ganze Argumentation des Schriftstückes. Denn eben darin liegt die ganze Differenz zwischen Oesterreich und der Majorität des Bundes, daß Oesterreich der erobernden Politik der Mittelstaaten die Berechtigung nicht zuerkannte, und mit der Instandnahme Schleswigs bloß die Bedingungen von 1851 und 1852 vertheidigt. Wir glauben daher, daß, wenn auch von mehreren Abgeordneten die Gelegenheit benützt wird, sich über Oesterreichs auswärtige Politik zu exhortieren, der geforderte Kredit schließlich doch bewilligt werden wird.

Ähnliche Ansprüchliche aber, wie sie in der preussischen Kammer gethan wurden, wird man im Reichsrathe hoffentlich nicht hören. Charakteristisch für die Gesinnung der Anhänger des Herrn v. Bismarck ist folgende Aeußerung des Grafen Wartensleben, welcher zu Gunsten der Anleihe sagte: „Sie fürchten einen Bürgerkrieg mit den deutschen Staaten, meine Herren. Im Interesse der Menschheit würde ich das für ein Unglück, im preussischen Interesse für ein Glück halten. Ja, meine Herren, denn dann kann der preussische Adler weitergreifen und seine Schwingen ausdehnen. Es ist das Interesse Preußens, so weit als möglich Boden in Deutschland zu fassen und sich auszubreiten. Die deutsche Einheit werden wir nicht mit Worten machen, sondern nur mit Thaten.“

Für die „Kreuzzeitungs“-Männer und Bismarckianer ist Deutschland nur das Objekt, mit dem Preußen vergrößert wird. Diesen Herren gegenüber wäre die Kreditbewilligung eine Verhöhnung an Deutschland gewesen.

Oesterreich.

Wien, 22. Jänner. Die Annahme der mexikanischen Kaiserkrone seitens des Herrn Erzherzogs Ferdinand Max ist nunmehr außer Zweifel. Se. kais. Hoheit reist morgen nach Triest zurück, um in Miramare die letzten Reisevorbereitungen zu treffen und nach etwa 14 Tagen wieder in Wien einzutreffen. Eine zweite Deputation aus Mexiko wird im März erwartet. Dieselbe soll das Resultat der Volksabstimmung überbringen, worauf der gewählte Kaiser die Reise nach Mexiko antreten wird. Se. Majestät der Kaiser soll die definitive Zustimmung zu dem kühnen Unternehmen des Herrn Erzherzogs gegeben haben, der dasselbe als eine rein persönliche Angelegenheit, welche das Reich nicht engagirt, auffaßt und durchführen will. Mit Frankreich, England und indirekter Weise auch mit dem Präsidenten Lincoln sollen seitens des Hofes von Miramare Verabredungen getroffen sein, die der Sache günstig sind. (D. D. P.)

Ein Zeichen der Zeit ist es, schreibt man der „O. Z.“ aus Wien, daß von ministerieller Seite sich die Nachricht verbreitet wird, der Kaiser habe sich über die neulichen feudalen Reden im Herrenhause sehr unzufrieden geäußert; dergleichen widerspreche seinen Prinzipien und mache nur böses Blut.

Wien, 23. Jänner. Der Bericht der I. Sektion des Finanzausschusses über den von der Regierung geforderten Nachtragskredit von 10 Millionen Gulden zur Bestreitung der Bundes-Exekution in Holstein-Lauenburg ist ein umfangreiches, vom Grafen Eugeninsky als Obmann, Stellvertreter und Dr. Oskra als Berichterstatter unterzeichnetes Dokument

nebst 15 Beilagen, welche letztere außer einer spezifisirten Nachweisung der veranschlagten Bundes-Exekutions-Kosten nur allbekannte Aktenstücke über die Bundestags-Verhandlungen, betreffend die schleswig-holstein'sche Angelegenheit, enthalten. Der Bericht selbst beginnt mit einer umständlichen Darlegung dessen, was im Schooße der Bundesversammlung in Sachen der Elbe-Herzogthümer vorgegangen. Er erzählt, daß die kaiserliche Regierung ihre Nachtragskredit-Forderung von 10 Millionen Gulden grundsätzlich auf die Ausführung des Bundesbeschlusses vom 1. Oktober 1863 stütze, wonach die Bundes-Exekution gegen Dänemark angeordnet worden; daß zur Ausführung dessen Oesterreich, Preußen, Sachsen und Hannover am 10. December 1863 eine Konvention getroffen, derzufolge das zum Einrücken in Holstein bestimmte Korps von 6000 Mann Sachsen, ferner als erste Reserve 6000 Mann Hannoveraner, 5000 Mann Oesterreicher und 5000 Mann Preußen an der Grenze der Herzogthümer aufzustellen, und eventuell von Oesterreich und Preußen noch 40.000 Mann zusammen bereit zu halten waren. Nach dieser Konvention hätte Oesterreich einschließlich der ersten Reserve im Ganzen fünf Brigaden in kriegsmäßiger Ausbildung, welche 25.899 Mann und 4449 Pferde mit 20.759 Mann Streitharen zählen, aufzustellen und bereit zu halten. Weiter erzählt der Bericht, wie dann noch während der Ausführung der militärischen Maßregeln, welche ausschließlich die Bundes-Exekution in den Bundesländern Holstein und Lauenburg bezweckten, ein neues Moment in die Frage kam, indem Oesterreich und Preußen Schleswig hineingezogen, und nach Ablehnung eines hierauf bezüglichen Antrages seitens des Bundestages sich nun unter Ignorirung der anderweitigen Bundesbeschlüsse gegen Schleswig in Bewegung gesetzt haben. Aus dieser Darstellung will der Bericht ersichtlich gemacht haben, „daß die Regierungsvorlage in Erwägung des Erfordernisses der Landarmee für 1864 einen Kredit zur Ausführung der Bundes-Exekution begehrt, und abseits hiervon österreichische Truppen in der Anzahl von nahezu 25.000 Mann zur Verhütung von Schleswig gegen Dänemark entsendet wurden.“

Der Ausschuss beantragt: Das hohe Haus wolle beschließen:

„1. Es werde der von der Regierung aus Anlaß der Bundes-Exekution in Holstein-Lauenburg beanspruchte Nachtragskredit an das Kriegsministerium für den Dienst des Jahres 1864 in der Höhe von 10 Millionen Gulden nicht bewilligt, sondern

2. es werde der Regierung nur ein Nachtragskredit zum Erforderniß der Landarmee für 1864 (Kap. 42, Titel I.), und zwar zur Leistung der ausgeschriebenen Matrikular-Umlage bis zur Höhe von 5.343.950 Gulden behufs successiver Einzahlung und beziehungsweise Abrechnung gleich hoher Auslagen der kaiserlichen Regierung für die Bundes-Exekution bewilligt.“

Wien, 23. Jänner. Heute Vormittag 11 Uhr versammelten sich die Mitglieder des Finanzausschusses, um den Bericht der ersten Sektion über die Nachtragsforderung von 10 Millionen zur Bestreitung der Kosten für die Bundesexekution in Holstein-Lauenburg entgegenzunehmen. Die Sitzung wahr sowohl von Seite der Ausschussmitglieder, als der sonstigen Mitglieder des Hauses sehr zahlreich besucht. Die Regierung war vertreten durch die Minister Schmerling, Reichberg, Hein, Laffer, Plener, FML. Wirtens und Ministerialrath Diegeleben.

Nach Verlesung des Berichtes ergriff Ministerialrath v. Diegeleben das Wort. Derselbe gab ein sehr ausführliches Exposé über die historische Entwicklung des Verhältnisses der Elbe-Herzogthümer zu Dänemark, die verschiedenen Ansprüche auf die Herrschaft der Herzogthümer, das Zustandekommen und den Inhalt des Londoner Protokolls, die weiteren Verhandlungen

am Bunde und die Stellung, welche Oesterreich dieser Angelegenheit gegenüber eingenommen habe.

Hierauf wurde die Generaldebatte eröffnet, zu welcher eine große Anzahl von Rednern eingeschrieben ist, und die voraussichtlich mehrere Sitzungen in Anspruch nehmen wird.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr Ritter v. Hasner, hat einen schweren Verlust erlitten. Sein Vater, der Hofrath und ehemalige Kammer-Prokurator Herr L. Hasner, ist in Prag mit Tode abgegangen.

Venedig, 19. Jänner. Wir befinden uns in der angenehmen Lage, eine für die Hebung der heimischen Industrie höchst freudige Nachricht zu melden. Aufmerksam gemacht durch die großartigen Erfolge, welche die Versuche, den Anbau der Baumwolle zu kultiviren, in Süditalien, namentlich in Sizilien gemacht, hat sich hier ein Verein von zahlreichen Grundbesitzern gebildet, welcher es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Kultivirung dieses wichtigen Industriezweiges auch in Venetien zu versuchen. Schon im Laufe des vorigen Sommers wurden in den Provinzen Vicenza, Verona und Udine probeweise Versuche mit der Kultivirung der Baumwollsaude gemacht, welche so überaus günstig ausfielen, daß nun in diesem Jahre diese Versuche en gros vervielfältigt werden. Es wurden bereits in Amerika sehr starke Bestellungen dieserwegen gemacht und nach genauen, durchaus nicht sanguinischen Berechnungen wird Venetien — wenn sonst die Dinge ihren natürlichen Lauf nehmen — in wenigen Jahren schon den eigenen Bedarf an Baumwolle durch eigenen Anbau selbst decken können und vielleicht später sogar etwas für den Export erübrigen. Es wäre dieses eine neue Einnahme- und Industriequelle für Venetien, welche bald sich wohlthunend fühlbar machen würde. Auch die Einföhrung des chinesischen Seidenraupensamens, welche nach angestellten Versuchen der grassirenden Raupenkrankheit nicht unterworfen ist, wird dieses Jahr stark kultivirt werden, so daß das Jahr 1864 in industrieller Beziehung für das lombardisch-venetianische Königreich ein segensvolles zu werden sich anlaßt.

Eger, 19. Jänner. Heute ist hier ein ausgezeichnetes Oereis zur Erde befiattet worden, dessen Name in der Literaturgeschichte mit dem Goethe's wiederholt in Verbindung gebracht wird: „der „Rath“ Gruner, bekannt draußen im Reich durch seinen Briefwechsel mit Goethe. Er starb in dem hohen Alter von 84 Jahren.

Lemberg, 22. Jänner. Eine am 17. aus dem Zolkiewer Kreise unter Komorowski nach Russisch-Polen ausgetretene Reiterabtheilung soll, wie verlautet, geschlagen und Komorowski gefallen oder verwundet sein. Auch wurde eine Insurgentenabtheilung unter Swiel bei Krasnobrod geschlagen und es treten einzelne Flüchtlinge im Przemyssler Kreise über die Grenze.

Ausland.

Aus München, 15. Jänner, wird berichtet: Das Duell, welches jüngst zwischen dem Reichsrath Grafen Holstein und dem Rittmeister v. Sternbach stattfand und mit dem Tode des Letztern endete, zieht mehrere andere nach sich. Graf Holstein hatte bereits wieder mit einem Offizier des zweiten Kürassier-Regiments ein Duell und liegt zur Zeit an einer Säbelwunde darnieder, die er aus diesem Duell davongetragen.

Frankfurt, 21. Jänner (Nachts). Der Ausschluß der allgemeinen Abgeordnetenversammlung hat von dem Plane einer Versammlung von Abgeordneten der Mittel- und Kleinstaaten bis jetzt keine Kenntniß. Es muß daher die Nachricht, daß ohne Vorwissen des Ausschusses bereits definitive Einladungen zu jener Versammlung ergangen seien, als verfrüht betrachtet werden.

Frankfurt, 22. Jänner. In der heutigen Bundestagsitzung kam eine Zuschrift des Befehlshabers der Exekutions-Truppen, General Hake, zur Verhandlung. Hake führt Beschwerde wegen eines auf den Durchmarsch der preußisch-österreichischen Truppen nach Schleswig bezüglichen Anstehens Marschall Wrangel's. Eine Instruktion an General Hake und die Bundes-Kommissäre wurde erledigt, dahingehend, daß der Durchmarsch der großmächtlichen Truppen durch Holstein vom Bunde zwar zugestanden sei, daß aber die Stellung Hake's und der Civil-Kommissäre in Holstein dadurch nicht alterirt werde.

Die Vertreter Oesterreichs und Preußens am Bunde gaben abermals für die Autorität des Bundes beruhigende Erklärung ab. (Pr.)

Frankfurt, 22. Jänner. In der heutigen Bundestagsitzung zeigten Oesterreich und Preußen den Beginn des Durchmarsches der österreichisch-preußischen Truppen durch Holstein nach Schleswig an. In der Bundesversammlung allgemeines Einverständnis darüber, daß die Verhältnisse der Zivilkommissäre in Holstein, so wie das Kommando des Gene-

ral's Hake über die sächsisch-hannoverschen Exekutionstruppen davon unberührt bleiben. Es wurden demgemäß genaue Instruktionen an beide erlassen. Die österreichisch-preußischen Brigaden der ersten Reserve gehen zum österreichisch-preußischen Korps über.

Dresden, 21. Jänner (Abends). Die Kommission der Abgeordnetenversammlung für die schleswig-holstein'sche Sache hat folgende neue Anträge eingebracht: Die sächsische Regierung wolle das Ansehen und die Autorität des Bundes gegen bundeswidrige Unternehmungen energisch verteidigen; für die sofortige Anerkennung des Herzogs Friedrich am Bunde eintreten; falls die sofortige Abstimmung des Bundes über die Erbfolgefrage nicht zu erlangen sei, auf die Zulassung eines Bevollmächtigten des Herzogs antragen; und mit den bundestreuen Regierungen auf sofortige Verstärkung der Bundestruppen in Holstein, so wie auf die Besetzung Schleswigs durch die Truppen der bundestreuen Regierungen hinarbeiten.

Dresden, 22. Jänner. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung wurden die Ausschüsse-Anträge, die schleswig-holstein'sche Frage betreffend, angenommen. Minister v. Beust sprach in verständlichem Sinne, betonte jedoch das entschiedene Festhalten der sächsischen Regierung an dem von ihr eingenommenen rechtlichen Standpunkte und drückte die Hoffnung aus, denselben schließlich zur Geltung zu bringen.

Berlin, 21. Jänner. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Die Diskussion über die Anleihe und die Schulze-Carlwig'sche Resolution wurde in eine Generaldiskussion zusammengefaßt. Grote und Genossen brachten zur Schulze'schen Resolution ein Amendement ein des Inhalts, daß das Ziel der Politik der beiden Großmächte sei, die Herzogthümer zum zweiten Male Dänemark zu überliefern. Referent Admann spricht für die Verwerfung der Anleihe. Bismarck berichtigt den Ausschußbericht; er habe nicht gesagt: Dänemark „könne“ Schleswig inkorporiren, wenn Preußen den Londoner Vertrag verlasse, sondern „werde“, auch die Worte „Geld nehmen, wo er finde“, habe er nicht in so scharfer Form gesagt.

Herr v. Bismarck verliest hierauf Mittheilungen aus der preußischen Depesche an die Gesandten an den deutschen Höfen. Er verwahrt sich gegen Mißdeutung. Vom europäischen Standpunkte betrachte er die Personalunion beider Herzogthümer als eine Eventualität, falls die Einsetzung einer besonderen Dynastie nicht erreichbar sei. Die bloße Erbfolge sichere nicht die Rechte der Deutschen in Schleswig. Aus der Zusammengehörigkeit mit Holstein folge nicht das Recht eines Einspruchs für Schleswig.

An der Debatte nahmen Gottberg, Virchow, v. Wartensleben, Moeller, Blankenburg und Karlowitz Theil. Auf Virchows Erklärung, Preußens Pflicht wäre die Unterstüßung der skandinavischen Politik gewesen, erwiderte Bismarck: die schwedische Regierung unterstüße keineswegs die skandinavische Union. Die Generaldiskussion ist geschlossen, die Sitzung auf morgen vertagt.

Berlin, 21. Jänner (Abends). Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Die Gesandten Oesterreichs und Preußens in Kopenhagen sind nur noch durch die Unterbrechung der Dampfschiffahrt dort zurückgehalten.

Die „Kreuzzeitung“ vernimmt zuverlässig aus Frankfurt: Sobald das Londoner Protokoll aufgehoben sei, werde Rußland seine Ansprüche auf den Gottorp'schen Antheil Holsteins geltend machen. Eine Kabinettsordre vom 18. d. M. beruft den Prinzen Albrecht (Vater) in das Generalquartier des G.M. Wrangel.

Berlin, 22. Jänner. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses antwortete Herr v. Bismarck dem Abgeordneten Schulze. Es sei nicht wahr, daß die kleinen deutschen Staaten sich an Preußen anlehnen wollen; die letzten fünfzehn Jahre beweisen, daß sie sich an Oesterreich anlehnen, wovon wir viel zu leiden hatten. Unsere Aufgabe ist, mit den skandinavischen Völkern in Eintracht zu leben. Ein Minister, der das Vertrauen der Majorität dieses Hauses erwerben wolle, müßte gegen die Verfassung, gegen den preußischen Volksgeist und gegen die geschichtlichen Traditionen handeln. Das Haus will diplomatischer Hofkriegsrath sein und Preußen unter die Majorität des Bundestags beugen. Das Haus versteht das preußische Volk nicht. Der Rocher de Bronze steht noch.

Abg. Graf Schwerin sagt: Er habe sich nach schweren Kämpfen für die Ablehnung entschlossen, er hoffe, der König werde den Bundesbeschluß wegen der Erbfolge anerkennen. Das Ministerium fürchte die Demokratie und das Ausland.

Hierauf entgegnete Herr v. Bismarck: Die Demokratie hoffe er zu besiegen, Besorgniß vor dem Auslande sei gebotene Vorsicht; er behaupte heute wie immer die Politik der freien Hand.

Berlin, 22. Jänner. Abgeordnetenhaus. Im Laufe der Debatte konstatierte der Kriegsminister v. Roon die vollste Uebereinstimmung des Ministeriums

und verwahrte die Regierung gegen den Vorwurf eines Scherzkrieges und der Ueberlieferung der Herzogthümer an Dänemark. Die Anleihe wurde mit 275 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Ein Theil der Katholiken, Grabow und Schwerin stimmten mit der Majorität. Die Schulze'sche Resolution wurde nebst dem Amendement Grote mit großer Majorität angenommen.

Berlin, 22. Jänner. Die „Nordd. Ztg.“ resumirt den Inhalt der gestern von Herrn v. Bismarck im Abgeordnetenhaus verlesenen preußischen Depesche an die deutschen Mittelstaaten in folgender Weise: Die preußische Regierung trete nicht dem Bunde entgegen, berücksichtige nur seine Stellung zu den Kontrahenten des Londoner Vertrages. Eine mögliche Form der Lösung sei eine Personalunion zwischen Dänemark und den Herzogthümern, so wie jene zwischen Schweden und Norwegen.

Der heutige „Staatsanzeiger“ meldet: Der König nahm heute Vormittags die militärische Meldung des G.M. Gablenz nebst Stab entgegen.

Aus **Hamburg, 19. Jänner,** schreibt man dem „Fremdenblatt“: Vor einigen Tagen brachten mehrere Blätter aus der „N. Fr. Ztg.“ die Notiz, daß gegen mehrere Mitglieder der Turnhallen-Kommission kriminalgerichtliche Untersuchungen eingeleitet worden wären, angeblich wegen Werbung für Kriegsdienste eines fremden Staates, Aufreizung gegen die Hamburger Behörden in dem bekannten Aufrufe u. s. w. Niemand glaubte an die Richtigkeit dieser Nachricht. Heute jedoch erfahre ich von Dr. Wex, dem bekannten Advokaten und Nationalvereins-Führer, daß die Nachricht allerdings richtig sei, so ferne sie seine Person betreffe, gegen welche von der Hamburger Staatsanwaltschaft ein Kriminal-Prozeß aus obigen Gründen eingeleitet worden sei.

Hamburg, 22. Jänner. Die mit dem gestrigen Abendzuge in Altona eingetroffenen Mitglieder der schleswig-holstein'schen Landesdeputation wurden auf dem dortigen Bahnhofe mit Musik unter ungeheurem Jubel empfangen und kamen des Nachts in Begleitung großer Volksmassen hierher, wo in Zinggs Hotel eine Verathung stattfindet.

Kiel, 17. Jänner. Das Vorhaben Preußens und Oesterreichs, Schleswig zu okkupiren, hat im Lager des Herzogs Friedrich von Augustenburg die größte Bestürzung hervorgerufen. Dieser Tage ging ein Abgesandter des Herzogs nach Berlin, um Erklärungen darüber einzuziehen, wie man eventuell von Seiten der Okkupation gegen den Herzog verfahren würde, falls derselbe hier verbliebe. Der Bescheid ist nicht eben sehr tröstlich gewesen und er wurde von Jemandem sehr offenherzig gegeben, welcher mitwirkend bei der jetzigen preussischen Politik ist, ohne sie mit seinen Sympathien zu begleiten. Zunächst beabsichtige man preussischerseits, die Exekution als status quo in Holstein anzuerkennen und in das Ressort der Bundeskommissäre nicht einzugreifen. Die Anwesenheit des Herzogs in Kiel, eben so wie seine Agitation in Holstein werde man ignoriren; doch von dem Augenblicke an, da er sie auf Schleswig erstrecken würde oder eigenmächtig vorgehe, könne er erwarten, daß man suchen werde, sich seiner Person zu versichern. (?) Pronunciamentos zu seinen Gunsten in Schleswig sollen unterdrückt werden. Man macht sich hier auch kein Hehl daraus, daß die Sache des Augustenburgers im Bruderlande ziemlich verloren sei, sobald die Okkupation wirklich stattfindet. Ein Widerstand Seitens der Dänen ist nicht wahrscheinlich, da diese dem Plane der Großmächte, die Frage zur alleinigen Lösung zu führen, wohlweislich in die Hände arbeiten. Es ist denn auch als abgemachte Sache zu betrachten, daß die November-Verfassung von Seiten Dänemarks auf eine bloße Aufforderung der Großmächte hin, nicht zurückgenommen wird, damit die Okkupation eine Thatsache und durch diese dann das neue Grundgesetz für Schleswig befestigt werde. (West. 3.)

Kiel, 21. Jänner. Nach dem Abmarsche der sächsischen Bataillons wurden die Wachen von der Turnerfeuerwehr bezogen. Morgen und übermorgen werden 4000 Oesterreicher erwartet. Oberst Duplat ist aus Gotha hier eingetroffen.

Rom, 19. Jänner. Der Papst empfing eine Deputation von 300 Katholiken aus allen Ländern, welche ihm eine Anhänglichkeit, und Huldigungsadresse überreichte und gegen die zum Nachtheile des Patrimoniums des heil. Petrus vorgekommenen Thatsachen protestirte. Der Papst erklärte, er wolle das Patrimonium der Kirche den Nachfolgern ungeschmälert zurücklassen und daher keinen, diesem Entschlusse widersprechenden Vorschlag oder Vertrag annehmen. Zugleich fügt er bei, daß er nicht auf die Gewalt der Waffen, sondern auf die Verfechtung vertraue.

Turin, 18. Jänner. In Folge alarmirender aus Süditalien hier eingetroffener Nachrichten fand gestern Abends unter Vorsitz des Königs ein Minister-rath statt, dem auf ausdrücklichen Wunsch desselben auch General Cialdini, der telegraphisch hierher berufen wurde, beizuhönte. Die Sitzung dauerte von

7 Uhr Abends bis nach Mitternacht, und dennoch trennte man sich, ohne einen definitiven Beschluß gefaßt zu haben. Von unterrichteter Seite erfahren wir hierüber Folgendes: Es lagen zwei Berichte vor, und zwar der eine vom General La Marmora aus Neapel, der andere aus Palermo vom General Govone. La Marmora meldete, daß sich in Neapel selbst sowie in der ganzen Umgegend eine besorgniß-erregende Bewegung kundgebe und er den Ausbruch eines Aufstandes befürchte, umso mehr, da allgemein die Nachricht verbreitet sei, es werde aus dem Römischen eine Expedition von Parteigängern des Königs Franz II. vorbereitet, welche zugleich mit der Erhebung der Bevölkerung Neapels in Szene gehen werde. Der General erklärt nun, daß er allen Grund habe, der Haltung der Nationalgarde zu misstrauen. Könnte dieselbe außerhalb der Bewegung gehalten werden, so könne er leicht für die Aufrechterhaltung der Ordnung einstehen; anders verhalte es sich aber, wenn er 30 bis 40 000 bewaffneter Nationalgardien in den Reihen seiner Feinde erblicken würde. Er verlangt daher nichts Geringeres, als Entwaffnung der Nationalgarde. Nicht viel tröstlicher lauten die Berichte des Generals Govone. Derselbe bestätigt, daß zahlreiche Rekrutierungsflüchtlinge sich im Lande zerstreut befinden und die Schaaeren der Briganten vermehren. Er meldet den Verlauf einiger Zusammenstöße k. Truppen mit Briganten, bei welchen die ersten den Kürzern zogen. Govone fordert daher Verstärkung und die Verhängung des Belagerungszustandes über ganz Sicilien. Wie gesagt, wurden keine entscheidenden Beschlüsse gefaßt, doch schloß sich der König sehr eifrig der Ansicht Cialdini's an, welcher verlangte, die Civilgewalt in Neapel und Sicilien zu suspendiren und alle Gewalt in den Händen der Militär-Kommanden zu vereinigen.

Turin, 21. Jänner. Ein Zirkular des Ministers des Innern signalisirt den Präfekten die Umtriebe der Aktionspartei, welche die Absicht ausdrücken, in die Befugnisse des Königs und des Parlaments einzugreifen, indem sie an die geheime Zustimmung der Regierung glauben zu machen suchen. Das Ministerium ist entschlossen, die Umtriebe zu entlarven und jeden Versuch zu unterdrücken. Die Präfekten sollen Wachsamkeit üben und die Geseze streng handhaben.

Aus **Paris, 19. Jänner**, wird geschrieben: Neuer Fortschritt der liberalen Bewegung in den Departements. In Strassburg hat bei der Nachwahl der Oppositionskandidat Halles-Clapartède (von den letzten Verifikationsverhandlungen noch in frischer Erinnerung) und in dem Departement der Vogesen der Oppositionskandidat Herr Buffet, Finanzminister der Republik von 1848, letzterer mit einer Majorität von über 3000 Stimmen den Sieg davongetragen. Nur in dem Wahlkreise von Nimes, wo die Eifersucht der katholischen und protestantischen Wähler der Regierung ihr Geschäft erleichterte, hat der Millionär und Bonapartist Herr Braoby, dessen erste Wahl bei der Verifikation fassirt worden war, von Neuem obgesiegt, obgleich auch hier die Opposition 7000 Stimmen für sich vereinigte. Herr Buffet wird der Regierung namentlich in finanziellen Fragen unbequem sein, in welchen er eine ebenso unbestrittene Autorität, wie die Herren Thiers und Berryer, genießt.

Baron James Rothschild hat vorgestern, als er den Bankgouverneur Buciry verließ und die Treppe hinabsteigend, sich in die Lesüre eines Briefes vertieft, einen Fall gethan und sich dabei einen Fuß verstaucht. Der Unfall hat hier allgemeines Bedauern hervorgerufen.

Herr Guizot hat vorgestern seinem alten Rivalen Thiers einen Besuch abgestattet. Es soll dieß seit bald 24 Jahren, seit dem Sturze des Ministeriums vom 1. März, das erste Mal gewesen sein, daß Guizot die Schwelle seines Exkollegen betrat.

Paris, 22. Jänner. Hiesige Financiers richteten nach Wien die Anfrage, ob die österreichische Nationalbank geneigt wäre, 50 Millionen Frank's Silber, gemünzt oder ungemünzt, gegen angemessene Garantie der Banque de France vorzustoßen. Man erwartet baldige Antwort.

Kopenhagen, 15. Jänner. Ueber die Ablehnung des preussisch-österreichischen Antrages in Betreff der Besetzung Schleswigs am deutschen Bundestage äußert sich die amtliche „Berl. Tid.“ unter Anderm, wie folgt: „Welche Bedeutung die Abstimmung in Frankfurt für Dänemark haben wird, ist schwer zu sagen. Daß Preußen und Oesterreich Schleswig angreifen werden, scheint abgemacht zu sein, und ist es an und für sich eine ziemlich gleichgiltige Sache, ob wir uns mit Preußen und Oesterreich in ihrer Eigenschaft als Großmächte oder in ihrer Eigenschaft als Bundesmächte schlagen sollen. Eben so sicher ist aber, als es für uns vorthellhaft sein kann, daß Deutschland in dieser Angelegenheit, wie in jeder anderen in mehrere Lager sich theilt, und daß der Krieg, den Preußen und Oesterreich jetzt auf eigene Hand anfangen zu wollen scheinen, ein in Deutschland unpopulärer wird, eben so gewiß wird die gegenwärtige Situation

vielfache Verwickelungen mit sich führen. Denn jede Uebereinkunft, welche möglicherweise mit den beiden Großmächten getroffen werden könnte, oder jeder Friede, welcher mit ihnen vereinbart werden dürfte, wird, falls die Spaltung fortbesteht, selbstverständlich von dem Bunde zurückgewiesen werden und dieser alsdann später immer einen Grund hervorbringen können, die ganze erledigte Frage nochmals in eine neue Verhandlung hineinzuziehen.“

Kopenhagen, 21. Jänner. Bei der Adressdiskussion im Folketing erklärte der Konseilspräsident, daß die November-Verfassung nur in verfassungsmäßiger Weise aufgehoben werden könne. „Wenn der Bund uns nicht mehr Hindernisse in den Weg legen will, sind wir, die wir uns an die eingegangenen Verpflichtungen halten, willig, Holslein in konstitutionelle Verbindung mit den anderen Landestheilen aufzunehmen. Die Regierung wird keinen Zoll von Dem weichen, wozu sie staatsrechtlich verpflichtet ist.“

Stockholm, 21. Jänner. Die bevorstehende Okkupation Schleswigs hat eine wachsende Bewegung für Dänemark in allen Landestheilen hervorgerufen. Es zirkuliren Adressen und werden Comités für Geldsammlungen und Anwerbung von Freiwilligen gebildet. Die Kriegsrüstungen werden mit verdoppeltem Eifer in Schweden und Norwegen betrieben.

London, 22. Jänner. Gerüchte von Kabinettsmodifikationen zirkuliren. Lord Palmerston soll gesonnen sein, Earl Russell fallen zu lassen, wenn dessen Politik im Parlamente Gegner findet.

London, 22. Jänner. Die heutige „Times“ schreibt: Dänemark verwarf das Ultimatum nicht unbedingt, sondern verlangte eine längere Bedenkfrist. „Morningpost“ erklärt die gestrige Angabe der „Times“ für inkorrekt; das dänische Kabinet habe bloß dem englischen seine Bereitwilligkeit angedeutet, den Discreet behufs Abschaffung der Verfassung einzuberufen, da das Kabinet dazu inkompetent sei. Weitere Versöhnungsanträge seien hier nicht eingetroffen.

Shanghai, 8. December. Oberst Gordon eroberte Sootheo. Der Konföderirten-Dampfer „Alabama“ ist in Singapore angekommen.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 25. Jänner.

Unsere in Nr. 18 gebrachte Notiz von dem Ergebnisse des am 21. d. M. beim hiesigen k. l. Landesgericht öffentlich verhandelten Pressprozesses gegen Friedrich Vilhar und Anton Klein — berichtigen wir hiemit dahin, daß vom Staatsanwalt bezüglich des Anton Klein die Freisprechung ob Unzulänglichkeit der Beweismittel, gegen Friedrich Vilhar aber die auf das zur Last gelegte Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe im §. 65 St. G. normirte geringste gesetzliche Strafe des einjährigen schweren Kerkers sowie der Verfall eines Kautionsbetrages von 300 fl., unter Einem aber auch die Anwendung des dem Gerichtshofe nach §. 54 St. G. B. zustehenden außerordentlichen Milderungsrechtes, so wie die weiters nach §. 55 St. G. B. zulässige Abkürzung der Strafdauer beantragt wurde, dann, daß Anton Klein von der Anklage nicht bloß freigesprochen, sondern nach §. 288 St. P. O. gänzlich losgesprochen und schuldlos erklärt worden ist.

— Die Betheiligung an dem bevorstehenden Narrenabende ist eine so rege, daß das Comité beschlossen hat, dem Wunsche vieler nachzukommen und auch in dieser Woche noch Karten ausfolgen zu lassen. Wir bemerken aber hiebei ausdrücklich, daß auf der Schießstätte keine Kasse eröffnet wird und deshalb keine Karten zu haben sein werden.

— Der beabsichtigte Handlungsball soll, wie wir hören, nicht in diesem Fasching, sondern in der ersten Woche nach Ostern stattfinden.

— Im gräflich Attems'schen Archive fand sich auf einem losen Blatte aus dem 16. Jahrhundert eine Notiz, welche folgende interessante Mittheilung enthält: „Albrecht Dürer, auf der Reise nach Italien in Stein (bei Laibach) erkrankt, hat bei einem dortigen Maler freundliche Aufnahme gefunden und ihm dafür als dankbare Erinnerung ein Gemälde auf sein Haus gemalt.“

— Im Gurktale zeigte sich am 16. d. M. Morgens um 8 Uhr 5 Minuten, bei 13 Grad Kälte und hohem Barometerstande, am südöstlichen Horizonte eine für die gegenwärtige Jahreszeit höchst seltene Erscheinung, nämlich die eines Regenbogen-Segmentes, dessen konkave Seite gegen die Sonne gekehrt und etwa 30 bis 35 Grad von ihr westlich abstand. Die Erscheinung hatte nicht dem Regen, sondern nur einer dichtfallenden Menge von kleinen glänzenden Schneegränpchen ihre Entstehung zu verdanken.

— Das Bestehen der evangelischen Gemeinde in Marburg ist durch Zeichnung von Beiträgen der meisten Glaubensgenossen gesichert, so daß binnen Kurzem die Konstituierung eines evangelischen Pfarramtes in Marburg in Aussicht steht.

— Das k. k. Staatsministerium hat gestattet, daß Josef Hecht in Marburg das Geschäft als Handelsreisender, im Hopfengeschäfte für Herrn Moriz Tauchmann in Fürth, in Steiermark, Kärnten, Krain und Istrien durch ein Jahr besorge.

Vermischte Nachrichten.

In dem Städtchen Lettowitz nächst Brünn kaufte der dortige Schmied vor einigen Tagen 5 Ctr. altes Eisen, unter welchem sich auch der Lauf eines Gewehres nach der im Jahre 1813 üblichen Konstruktion befand. Ohne den Gewehrlauf zu untersuchen, legte der Geselle Hönig, ein Militär Urlauber, denselben ins Feuer, in der Absicht, Schlüssel daraus zu erzeugen, doch kaum war der verhängnißvolle Gewehrlauf einige Augenblicke im Feuer gelegen, entlud er sich einer wahrscheinlich vor langer Zeit stecken gebliebenen Ladung und die Kugel traf den unglücklichen Hönig, welcher mit dem Rufe: „Bei Gott! ich bin erschossen!“ zusammensank. Die Kugel ging ihm durch die Rippen und nach einer Viertelstunde war er eine Leiche.

— Eine furchtbare Explosion erschütterte am 15. Abends die Stadt Liverpool und ihre Umgebung. Ein nach Afrika bestimmtes Schiff, die Barke Lotty Sleigh, mit 940 Fäßchen oder 11½ Tonnen Pulver an Bord hatte Feuer gefangen; um 6 Uhr verließ die Mannschaft das Fahrzeug, und als um ½ 8 Uhr das Magazin vom Feuer ergriffen wurde, flog das Schiff mit einem schrecklichen Knall in die Luft. Es war in Atome zersplittert, und Theile des Eisenwerkes fand man auf beiden Seiten des Mersey zerstreut. Die Stadt erzitterte in ihren Grundfesten, Tausende von Fensterscheiben zersprangen, das Gas in den Straßen erlosch. In Birkenhead war der Schaden noch größer; sehr wenige Häuser und kein einziges öffentliches Gebäude hat noch unversehrte Fensterscheiben aufzuweisen. Es scheint, daß keines Menschen Lebens Verlust zu beklagen ist, wenn auch manche kleinere Verletzungen vorgekommen sind.

— Ein neuer Wasserfall ist im Gebiet von Kolumbia entdeckt worden. Er soll an Großartigkeit die Niagara-Fälle ebenso sehr übertreffen, als diese die anderen Naturfaltenheiten dieser Art in der Welt überbieten. Er befindet sich in dem Thale des Flusses Snake, das man Lewis-Fork nennt, und wurde von einem Detachement Truppen entdeckt. Der Fluß Snake fällt nämlich da in einen steilen Abgrund, von einer Höhe, die 198 Fuß, also um 38 Fuß mehr als der Niagara mißt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 25. Jänner. Herbst und Genossen werden heute im Finanzausschusse eine Resolution gegen das Vorgehen der Regierung in Deutschland einbringen. Hier starkes Schauerwetter. Große Gefahr einer Ueberschwemmung.

München, 23. Jänner. Ein Artikel der heutigen „Baier. Ztg.“ sucht den Vorwürfen, welche die Presse der Regierung macht, zu begegnen. Nach demselben war die Mobilmachung vorerst nicht beabsichtigt; die Einberufung des Landtages sei in der gegenwärtigen Lage nicht angemessen, indem der Kammer in dieser Angelegenheit irgendwelche Vorlage noch nicht gemacht werden könnte.

Frankfurt, 23. Jänner. Heute halb 3 Uhr Früh traf der durch unterwegs stattgefundenen Ovationen verspätete Eisenbahnzug mit der schleswig-holstein'schen Landesdeputation hier ein, wurde vom Turnvereine, Viederfranze und einer großen Volksmenge von hier und der Umgegend begrüßt und von Sigismund Müller bewillkommt, worauf der Zug sich unter Abklingung der Schleswig-Holsteinhymne in die Stadt begab.

Dresden, 23. Jänner. Das heutige „Dresdener Journal“ enthält folgendes Telegramm aus Frankfurt a. M.: In der gestrigen Sitzung des Bundestages erfolgte die Beschlußfassung wegen Entlassung der österreichisch-preussischen Reserve aus dem Exekutionskorps, vorbehaltlich der Einbeziehung neuer Reservisten aus Bundesstruppen. — Auch wurde beschlossen, dem General Hake hinsichtlich seines Verhaltens in der Besetzungsfrage Schleswigs die Anerkennung des Bundes auszusprechen.

Berlin, 23. Jänner. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses fand die Budgetdebatte statt. Es wurde der vom Abgeordnetenhaus amendirte Etat mit großer Majorität abgelehnt und der Regierungsetat mit 58 gegen 17 Stimmen hergestell. Der Finanzminister gab dem Hause die motivirte Ablehnung des amendirten Etats anheim, sprach also nicht direkt für Wiederherstellung des Regierungsentwurfes.

Hamburg, 22. Jänner (Nachts). 5 Grad Wärme, Regen, das Eis der Elbe wird noch mit Wagen befahren.

Die „Hamburger Börsenhalle“ meldet, daß der Generalfeldmarschall v. Wrangel morgen früh um halb 5 Uhr erwartet wird.

Hamburg, 22. Jänner. Kopenhagener Nachrichten zufolge wurden den Militärpersonen und Zeitungen Mittheilungen über Alles, was dem Feinde dienen könnte, verboten. Nach dem „Dagbladet“ ist ein außerordentliches Störbing nach Christiania auf den 14. März d. J. einberufen.

Hamburg, 23. Jänner. (Temperatur: 6 Grad Wärme; Wind aus Südwest, Barometer steigend.) Die Bundeskommissäre erließen folgende, vom 21. Jänner datirte Bekanntmachung:

„Die unter dem Befehle des Generalfeldmarschalls v. Wrangel stehenden Truppen haben die Grenzen der Herzogthümer überschritten. Mit Rücksicht auf den Protest verschiedener Regierungen am Bunde wurde General Hase beauftragt, dem Generalfeldmarschall v. Wrangel zu erklären, daß wir eine ordnungsmäßige Notifikation erwartet hätten und die Truppen auch nicht als Bundesreserve anerkennen können, uns aber in die unabänderliche Thatsache fügen. Vom Präsidium des Bundes haben wir die Anzeige erhalten, daß das Einrücken dieser Truppen (Oesterreicher und Preußen) nicht in fernere Anordnungen betreffs der exekutionsmäßigen Besetzung und Verwaltung Holsteins und Lauenburgs einzugreifen oder sie zu beeinträchtigen hätte, und daß die Truppen nur durchpassiren würden. So fordern wir demnach die Behörden und Bewohner der Herzogthümer auf, die geforderten Leistungen den österreichisch-preussischen Truppen zu gewähren und diese freundlich aufzunehmen.“

Herzog Friedrich erwiederte einer Deputation aus Altona, er hoffe binnen Kurzem im Stande zu sein, die Einladung Altona's anzunehmen.

Hamburg, 23. Jänner. Laut Kopenhagener Berichten soll gestern daselbst zwischen dem schwedischen Gesandten Hamilton und dem Minister Quade eine schwedisch-dänische Militär-Konvention abgeschlossen worden sein, welcher zufolge im Falle des Krieges schwedische Truppen Seeland mit Kopenhagen besetzen, damit die ganze dänische Armee ins Feld rücken könne. Diese Hilfe wird jedoch nur im nachbarfreundlichen Sinne geleistet, und keinesfalls sollen schwedische Truppen an der Aktion sich betheiligen. (Pr.)

Kiel, 22. Jänner. Die dänischen Viskers an der dänischen Zolllinie sind beordert worden, sich bei

dem Anmarsche der Preußen zurückzuziehen. Da Thauwetter eingetreten ist, denken die Dänen das Dannevirke auf's Aeußerste zu verteidigen.

Paris, 23. Jänner. Das Memorial diplomatique will aus authentischer Quelle wissen, Frankreich habe Oesterreich und Preußen vorgeschlagen, daß deren Truppen die Eider nicht vor Ablauf von sechs Wochen überschreiten mögen. In der Zwischenzeit würde König Christian den Reichsrath zusammenberufen, um durch ihn die November-Verfassung abändern zu lassen, und ein Abkommen auf der Grundlage von 1851 bis 1852 herbeizuführen. England, Rußland, Schweden sollen diesen Vorschlag unterstützen. (Pr.)

Brüssel, 23. Jänner. Erzherzog Ferdinand Max und Gemalin werden am 4. Februar hier erwartet. Der Herr Erzherzog geht von hier nach Paris und London, sodann nach Rom, um den Segen des Heiligen Vaters zu empfangen, und wird hierauf an Bord der ihm zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellten Fregatte Kovara von Civitavecchia aus die Fahrt nach Mexiko unternehmen, nachdem er vorher in Antwerpen angelegt, um die Frau Erzherzogin Charlotte, welche ihn in Brüssel erwartet, abzuholen. Der Erzherzog wird in Paris mit den einem Kaiser gebührenden Ehren empfangen werden. (Pr.)

New-York, 13. Jänner. Die Konföderirten haben gegen 20.000 Mann im Innern von Texas zusammengezogen, um die von den Unionisten an den Küsten besetzten Punkte anzugreifen. — Drei im Bau begriffene Kriegsdampfer werden nächstens Charleston verlassen, um die Unionisten anzugreifen.

Aus **Mexiko**, 22. December, wird gemeldet: Die französischen Truppen sind im Besitze der Hauptstädte aller wichtigeren Staaten.

Neueste Ueberlandspost.

In den Gewässern von Ceylon treibt sich ein Kaperschiff umher, das man anfangs für den „Mahama“ hielt; es scheint aber ein anderes zu sein. Die Schiffsstaaten, welche dem König von Burmah tributpflichtig sind, haben sich wegen unwürdiger Behandlung eines ihrer Häuptlinge von Seite des letztern empört und damit angefangen, alle birmanischen Beamten umzubringen. Der König von Burmah hat nun eine starke Konfiskation ausgesprochen und will gegen die Rebellen das Glück der Waffen versuchen. Sutschan ist nach hartnäckiger Vertheidigung endlich vom Major Gordon genommen worden, nachdem die

Rebellen ihren eigenen Anführer Kowang enthauptet hatten. In der eroberten Stadt sollen sich gegen 200 Italiener und Griechen (?) befunden haben. Raufing wird von dem kaiserlichen General Tsengkwofan hart bedrängt. Aus Japan wird gemeldet, daß die Regierung des Teikun gegen mehrere aufständische Daimios rüste. Fürst Satsuma hatte die versprochene Entschädigungssumme noch nicht bezahlt, sowie die Mörder noch nicht ausgeliefert. Es heißt, er wolle die Entschädigungssumme nicht eher zahlen, als bis die Fremden Yokohama geräumt. Inzwischen waren aber die Hindernisse des Handelsverkehrs mit Yokohama wieder beseitigt worden. Für Japan bestimmte Truppen aus Indien sind in Hongkong angekommen, wo sie vorläufig bleiben, da die Aussichten sich friedlicher gestaltet haben.

Markt- und Geschäftsbericht.

Laibach, 23. Jänner. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 13 Wagen mit Heu und Stroh, 63 Wagen und 7 Schiffe mit Holz.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Megen fl. 5.32 (Magazin-Preis fl. 5.66); Korn fl. — (Mg. pr. fl. 3.43); Gerste fl. — (Mg. pr. fl. 3.7); Hafer fl. — (Mg. pr. fl. 2.25); Halbfucht fl. — (Mg. pr. fl. 3.90); Heiden fl. — (Mg. pr. fl. 2.82); Hirse fl. — (Mg. pr. fl. 3.2); Rukrug fl. — (Mg. pr. fl. 3.65); Erdäpfel fl. — (Mg. pr. fl. —); Linsen fl. 4.20 (Mg. pr. fl. —); Erbsen fl. 4.50 (Mg. pr. fl. —); Fijolen fl. 4.50 (Mg. pr. fl. —); Rindschmalz pr. Pfund fl. 55, Schweineschmalz fr. 37; Speck, frisch fr. 22, detto geräuchert fr. 38; Butter fr. 50; Eier pr. Stück fr. 2½; Milch (ordinär) pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 18—22, Kalbfleisch fr. 21, Schweinefleisch fr. 21, Schöpfenfleisch fr. —; Hühner pr. Stück fr. 25, Tauben fr. 15; Heu pr. Ztr. fl. 1.10 bis fl. 1.40, Stroh fr. 70—90; Holz, hartes 30“, pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mg. pr.) rother und weißer, pr. Eimer fl. 10 bis 15.

Theater.

Heute Montag: **Doktor Faust's Hausknecht.** Posse mit Gesang in 3 Akten, von Fr. Hopp. Morgen Dienstag: **Deborah.** Volksschauspiel in 4 Akten, von Rosenthal.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg in Laibach.

Börsenbericht.

Die Börse verlief in vorwiegend matter Haltung. Nur 1860er-Lose behaupteten sich sehr fest, und Kreditlose wurden bei anhaltender Nachfrage und mangelnder Waare um ¼ bis ½ besser bezahlt. Dagegen verloren Kredit-Aktien im Vergleich mit der gestrigen Notierung am Kurse fast 2 fl. pr. Stück, Nordbahn-Aktien ¼, auf Metalliques-Obligationen zeigte sich ziemlich viel Geld, 1839er-Lose und verlosbare Bankpandbriefe stiegen um einen Bruchtheil, Wechsel auf fremde Plätze begehrt um circa ¼ theurer bezahlt. In demselben Verhältnisse Gold und Silber höher. Geld sehr flüssig und billig.

Öffentliche Schuld.				Geld		Waare		Geld				Waare		
A. des Staates (für 100 fl.)														
In österr. Währung	zu 5%	67.75	67.85	Böhmen	5	91	92	Galiz. Karl-Ludw.-Bahn, 200fl.	197.50	198	Balken	zu 40 fl. CM.	33.50	34
5% Antz. v. 1861 mit Rückz.	96.50	96.75	Österr. u. Krain u. Slav.	5	88	88.50	Österr. Lloyd in Triest	428	430	Glary	zu 40 fl. CM.	32.50	33	
ohne Abschritt 1862	94.40	94.60	Nähren u. Schleien	5	88.50	—	Wiener Dampf- u. Schifffahrt	226	228	St. Genes	zu 40 fl. CM.	—	32	
National-Anlehen mit	—	—	Ungarn	5	73.75	74.50	Wiener Dampf- u. Schifffahrt	440	450	Windischgarab	zu 20 fl. CM.	19.50	20	
Jänner-Coupons	5%	80.15	Tem. Ban. u. Slav.	5	72	72.50	Wiener Dampf- u. Schifffahrt	392	394	Waldstein	zu 20 fl. CM.	20	20.50	
National-Anlehen mit	—	—	Galizien	5	72	72.50	Wiener Dampf- u. Schifffahrt	153.50	154	Reichs	zu 10 fl. CM.	15.50	16	
April-Coupons	5%	80.20	Zichenb. u. Busow	5	71.30	72.10	Wiener Dampf- u. Schifffahrt	147	—	Wechsel.				
Metalliques	5%	72.40	„ m. d. Berl.-Gl. 1867	5	70.90	72.80	Wiener Dampf- u. Schifffahrt	147	—	3 Monat.				
ditto mit Mai-Coup.	5%	72.65	Venetianisches Anl. 1859	5	93	—	Wiener Dampf- u. Schifffahrt	147	—	Geld				
ditto	5%	63.75	Aktien (pr. Stück)				Wiener Dampf- u. Schifffahrt	147	—	Waare				
mit Verlosung v. Jahre	—	—	Nationalbank	780	781	—	Wiener Dampf- u. Schifffahrt	147	—	Augsburg für 100 fl. jüdd. W.	103.25	103.50		
1854	90.25	90.75	Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.	180.50	180.60	—	Wiener Dampf- u. Schifffahrt	147	—	Frankfurt a. M. ditto	103.40	103.60		
1860	93.30	93.40	N. d. Oesterr.-Gef. 3. 500 fl. d. W.	662	664	—	Wiener Dampf- u. Schifffahrt	147	—	Hamburg für 100 fl. jüdd. W.	91.60	91.80		
zu 100 fl. jüdd. W.	93.60	93.70	N. d. Oesterr.-Gef. 3. 500 fl. d. W.	662	664	—	Wiener Dampf- u. Schifffahrt	147	—	Lond. u. für 10 fl. Sterling	121	121.20		
Consolidations-Obligationen	—	—	N. d. Oesterr.-Gef. 3. 500 fl. d. W.	662	664	—	Wiener Dampf- u. Schifffahrt	147	—	Paris für 100 Francs	47.80	47.90		
Nieder-Oesterreich	zu 5%	87.50	N. d. Oesterr.-Gef. 3. 500 fl. d. W.	662	664	—	Wiener Dampf- u. Schifffahrt	147	—	Cours der Goldsorten.				
Ob- u. Ost. und Galiz. zu 5%	84.25	84.75	N. d. Oesterr.-Gef. 3. 500 fl. d. W.	662	664	—	Wiener Dampf- u. Schifffahrt	147	—	Geld				

Lottoziehungen vom 23. Jänner.
Gewinn: 14 71 27 48 56.

Fremden - Anzeige.
Den 21. Jänner.
Stadt Wien.
Die Herren: Brandt, Herrburger, Scherbaum, Kaufleute, von Wien.
Elephant.
Leopold von Giesern — Kempf, f. l. Hauptmann, von Biczura. — Hoffer, Geschäftsführer, und Dr. Volpi von Wien. — Terzsch, Handelsagent, von Rastbach. — Wisk, Kaufmann, von Kanischa. — Wank, Kaufmann, von Stuhlweissenburg.
Wilder Mann.
Der Antich, Geschäftsführer, von Wien.
Baierischer Hof.
Die Herren: Greger, Realitätenbesitzer, von Graz. — Perina, Holzhändler, von Triest.
Möhren.
Der Rath, Beamter, von Wien.
Den 23. Jänner.
Stadt Wien.
Die Herren: Rader, Kaufmann, von Wien. — Gahr, Privat, von Baden. — Graf Meunier, Major, f. l. Major und Gutsbesitzer, von Gindö bei

Gilli. — Dejak, Handelsmann, von Klagenfurt.
Kühnel, Handelsmann, von Wien.
Gemeine Stausenberg von Baden.
Elephant.
Die Herren: Jährig von Triest. — Dornig, pens. Pfarrer, von Beltes. — Glaser von Krainburg. — Fabriotti und Marsano, Eisenbahn-Beamte, von Triest. — Hermann, Gutsbesitzer, von Klagenfurt. — Saig, Kaufmann, von Wien. — Jelenitzky, Gutsbesitzer, von Feititz. — Lengst und Mautner, Kaufleute, von Kanischa. — Bask von Brünn. — Girschmann, Kaufmann, von Graz. — Gontz Tonigelt, Kaufmann, von Genua. — Ruprecht, Arzt, aus Unterstein.
Ein Gemölbe zu verpachten.
In Reifnitz, am belebtesten Orte des Marktes, im vorwärts Zehesknischen Gasthause, ist ein neu eingerichtetes, geräumiges, sowohl für eine Spezerei als auch Schnitt-Waarenhandlung geeignetes Gemölbe oder Laden mit andern nöthigen Lokalitäten und Wohnzimmern gegen einen

billigen Pachtzins auf mehrere Jahre zu verpachten.
Näheres erfährt man durch frankirte Briefe oder mündlich vom
Johann Podboj,
Realitätenbesitzer in Reifnitz.
(59-3)
Frische fälschingskrapsen
sind jeden Sonntag und Feiertag in den Sauer'schen Geschäftskonten auf der Wienerlinie und in der Sternallee zu haben.
Ein Bewunderer des Kessengeschlechtes.
Eine dreifärbig gefleckte Kasse, gelb, schwarz und weiß, wird unter günstigen Bedingungen und gleich baarer Bezahlung hintanzugeben gesucht. Coelmühlig Be-

werber mögen sich unter der Adresse R. N. poste restante Krainburg, an den Bewerber wenden.
(168)
Lose à 50 kr.,
auf
5 Lose 1 freilos.
Ziehung am 9. Februar,
Treffer 1000 Dukaten in Gold, 2 à 200 Dukaten, 2 à 100 Dukaten. Silbergeld, Goldschmuck, kunstvolle Gegenstände von Porzellan, Bronze etc.
Joh. C. Sothen in Wien.
Derlei Lose sind zu haben bei allen f. l. Steuerämtern, Postämtern, sowie bei den bekannten Lotterieschleudern.
In Laibach besonders bei
(142-3) **Joh. Ev. Wutscher**